

Stabilisierung im Treibsand?*

Von Illusionen, Fehlern und Erfolgsbedingungen westlicher Stabilisierungsbemühungen



Foto: REUTERS/Michael Kappeler

Die internationale Gemeinschaft, allen voran die Europäische Union (EU), hat angekündigt, ihre Stabilisierungsbemühungen in der Sahel-Region verstärken zu wollen. Ein doppelter Ansatz aus Ertüchtigung der Sicherheitskräfte und Stabilisierung der Sicherheitslage durch nationale, regionale und internationale Operationen plus massive Entwicklungsbemühungen soll ein Abgleiten der Region ins Chaos verhindern. Wie steht es um die Erfolgsaussichten dieser Anstrengungen, welche Fehler vorangegangener Einsätze wiederholen sich? Was müsste getan und erreicht werden, um in derartigen Konflikten elementare Ziele zu erreichen bzw. wenigstens die Bedingungen für eine potentiell erfolgreiche Konfliktbearbeitung zu schaffen?

Im April 2020 kündigte die Bundesregierung an, die Kosten für ein neues Ausbildungszentrum der malischen Streitkräfte in Zentral-Mali übernehmen zu wollen. Damit soll im Rahmen der Europäischen Trainingsmission (EUTM) die Effektivität der Ausbildung erhöht

und die Fähigkeit der malischen Streitkräfte, selbst für Sicherheit sorgen zu können, verbessert werden. Von Nicht-Regierungsseite fällt die Kritik an den bisherigen Ergebnissen der internationalen Ertüchtigungsbemühungen heftig aus. Die malische Armee sei auch

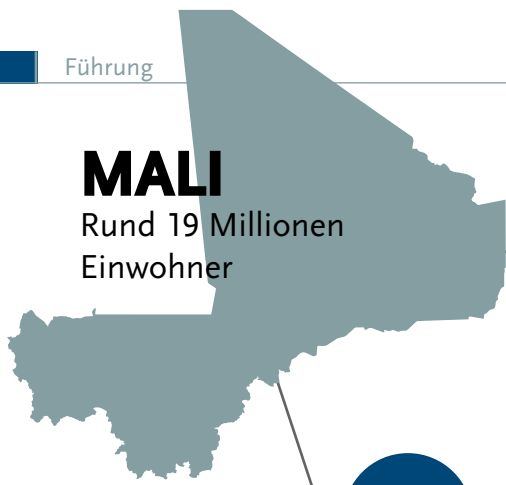
sieben Jahre nach Beginn der EUTM nicht in der Lage, grundlegende an sie gestellte Erwartungen zu erfüllen. Von den rund 1,5 Milliarden US-Dollar, die Mali jährlich von der internationalen Gemeinschaft an Unterstützung erhält, landet eine erhebliche Summe von bis zu →

- ▲ Ein malischer Soldat trägt Gewehrattrappen, die für die Ausbildung im Rahmen der EUTM genutzt werden. Während eines Besuchs der Verteidigungsministerin bei der EU-Trainingsmission in Koulikoro/Mali im April 2016.

* Der Aufsatz basiert auf einem Beitrag des Verfassers in der Zeitschrift .loyal #2/2020 unter dem Titel „Die gleichen alten Fehler?“.

MALI

Rund 19 Millionen Einwohner



seit Februar 2013



KOSTEN:
ca. 15 Mio. Euro im Jahr

Bisher wurden rund 15.000 malische Soldaten in unterschiedlichen Lehrgängen ausgebildet.

Rund 700 Soldatinnen und Soldaten aus 23 EU-Mitgliedstaaten plus Georgien, Montenegro, Serbien, Albanien und Moldawien.

Beteiligung der Bundeswehr mit 350 Soldatinnen und Soldaten.

MANDAT:
EUTM berät die malischen Streitkräfte bei der Sicherung der territorialen Unversehrtheit Malis gegen die Bedrohung durch terroristische Gruppen.

seit Anfang 2012



KOSTEN:
1,2 Mrd. US-Dollar im Jahr

Mit 209 Gefallenen verlustreichste Mission der Vereinten Nationen seit dem Koreakrieg.

und so gut wie keine, die eine der gängigen Verkehrssprachen des Landes, wie Bambara oder Senufo, beherrschten. Viele Soldaten existierten nur auf dem Papier und die Motivation sei oft gering. Auch fehle es immer wieder an Ausbildungsmaterial und Ausrüstung und niemand wisse, was mit den Soldaten nach ihrer Ausbildung geschehe. Zudem reiche es nicht aus, die Soldaten zu trainieren,

MANDAT:
MINUSMA soll beitragen zur Sicherung des Waffenstillstands; Schutz der Zivilbevölkerung; Unterstützung bei der Wiederherstellung staatlicher Autorität; Unterstützung des politischen Prozesses und zum Schutz der Menschenrechte und zur Absicherung humanitärer Hilfe.

13.289 Soldaten
1.920 Polizisten

Rund 1000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr

500 Millionen US-Dollar im Unterhalt des Militärs.

Trotzdem lässt sich an seinem Zustand oder der Sicherheitslage keine nennenswerte Verbesserung feststellen, trotz erheblicher regionaler und internationaler Unterstützung. Die Operationen (Barkhane, Takouba, G5 Sahel Joint Force, MINUSMA, EUTM) zählen inzwischen auch Zentral-Mali und die Grenzregionen zu den Nachbarstaaten Niger und Burkina Faso zu den Hochrisikogebieten. Seit 2013 sind über 200 VN-Soldaten in Mali gefallen. Allein in den Monaten Oktober und November 2019 wurden über 100 malische Soldaten in der Grenzregion zu Niger getötet. Auch auf der nigrischen Seite werden immer wieder Soldaten von Aufständischen getötet und Burkina Faso gilt mittlerweile als Sinnbild für den sich in Westafrika ausbreitenden Terror.

Erklärungsversuche und Mission Creep.

Wie aber lässt es sich erklären, dass es der internationalen Gemeinschaft mit immensen Anstrengungen nicht gelingt, die Sicherheitslage zu stabilisieren? Warum schaffen es westliche Staaten, die zum Teil seit 20 Jahren vor Ort sind, nicht, die Fähigkeiten der malischen Armee schneller zu erhöhen? Die bisherigen Antworten verbleiben meist auf der operativ-taktischen Ebene oder suchen die Fehler bei der lokalen Regierung. Die malische Armee befände sich im Einsatz, was die Ausbildung generell erschwere. Korruption und Vetternwirtschaft sorgten dafür, dass von den Milliardenbeträgen der internationalen Gemeinschaft viel Geld in private Taschen und dunkle Kanäle verschwinde. Es gäbe zu wenige Ausbilder bei der EUTM, noch weniger Ausbilder, die Französisch sprechen,

Weitere Operationen in Mali

Die „Opération Barkhane“ ist eine französisch geführte Militäroperation, die seit 2014 der Bekämpfung des Terrorismus in der Sahel-Zone dienen soll. Das Operationsgebiet umfasst neben Mali auch Burkina Faso, den Tschad, Mauretanien und Niger. Dort operiert ebenfalls die G5 Sahel Joint Force, der sicherheitspolitische Anteil der regionalen G5 Sahel-Initiative der Staaten Mali, Tschad, Niger, Burkina Faso und Mauretanien sowie die „Operation Takouba“, die den französischen Versuch darstellt, den Einsatz von Spezialkräften aus verschiedenen europäischen Streitkräften zu bündeln. Diese sollen gemeinsam mit den französischen Spezialkräften den Antiterror-Einsatz der G5 Sahel Joint Force unterstützen. Die Bundeswehr nimmt an den Operationen Barkhane und Takouba nicht teil. Die MINUSMA ist die United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali und bei der EUTM handelt es sich um die European Union Training Mission Mali.

Grafik: Bundeswehr/Daniela Hebbel



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Parlamentarier stimmen im Deutschen Bundestag über einen Bundeswehreinsatz ab. Am 12.12.2017 hat der Bundestag über die Verlängerung von fünf Bundeswehr-Einsätzen entschieden: Im Mittelmeer, Anti-IS-Kampf, Irak, Afghanistan und Mali.

Foto: picture alliance/dpa/Wolfgang Kumm

sie müssten auch in den Einsatz begleitet werden. Diese Erkenntnis ist nicht neu, sie wurde aus ähnlichen Gründen in Afghanistan und dem Irak, aber auch schon in Vietnam 1955 bis 1975 umgesetzt. Was auch dort taktisch-operativ Sinn machte, führte bald zu höheren Verlustzahlen, dann zu einer Ausweitung des Einsatzes und schließlich zu eigenen Bodentruppen. Die schrittweise, nicht beabsichtigte, aber irgendwann kaum mehr umzukehende, kontinuierliche und beinahe unvermeidliche Ausweitung des eigenen Engagements nennt sich im Englischen „Mission Creep“. Aber kann die Lösung darin liegen, einen bisher gescheiterten bzw. ungenügende Ergebnisse produzierenden Einsatz, mit mehr Mitteln zu verbessern und entsprechend der sunk-cost fallacy-Logik in die schlechte Bilanz noch mehr Geld, Mittel und Soldaten zu investieren? Warum sollte in Mali

funktionieren, was in den vergangenen großen Stabilisierungsoperationen der USA und des Westens in Vietnam, Afghanistan oder dem Irak gescheitert ist? Wenn nicht, was ist dann die Alternative? Welche Schlüsse können aus Vergleichen gezogen werden und was muss und lässt sich praktisch und konzeptionell ändern?

Primat der Innenpolitik und ungenügende Kenntnis der Konflikte.

Ein Vergleich der Stabilisierungsbemühungen in Vietnam, Afghanistan und Mali zeigt, dass das eigene Handeln vorrangig innenpolitischem Druck entspringt, einem innenpolitischen Primat unterliegt und vor dem Hintergrund und den Reaktionen der heimischen Wähler bewertet wird. Ihre Zustimmung ist wichtiger, als die für eine erfolgreiche Mission eigentlich unabdingbare Akzeptanz der lokalen Bevölkerung

und der Hauptakteure im Einsatzland, vom Grundsatz der Selbstbestimmung gar nicht zu reden. In der Folge stimmen eigene Interessen und Ziele, wie zum Beispiel Wahlen, Terrorismusbekämpfung oder die Vermeidung von Fluchtbewegungen oftmals nicht mit den Interessen und Zielen der lokalen Akteure überein oder stehen gar im Widerspruch zur Konfliktlösung.

Ein weiterer Fehler besteht in einer ungenügenden Kenntnis der Konflikte. In Vietnam war es der Glaube an die „Domino-Theorie“ und die notwendige Eindämmung des Kommunismus, die wenig mit den tatsächlichen Konfliktursachen eines nationalen und antikolonialen Befreiungskampfes und Bürgerkrieges zu tun hatte. In Afghanistan waren es die Reaktion auf den Anschlag vom 11. September 2001 und der weltweite Kampf gegen den →

Terror sowie liberale Vorstellungen vom demokratischen Frieden im Mittleren und Nahen Osten, welche die Wahrnehmung des Konfliktes prägten. In Mali gibt die Regierung vor, Opfer der Auswirkungen der fehlgeschlagenen Libyen-Intervention zu sein. Auswärtige Dschihadisten hätten sich mit lokalen Störenfriedern verbündet. In der Folge drohten Terrorismus, organisierte Kriminalität und massenhafte Migration. Dieses Bild ist nicht völlig falsch, es wird von der Regierung aber gegenüber der internationalen

len Gemeinschaft und dem Westen gezielt eingesetzt. Der zu Grunde liegende Konflikt über eine seit Jahrzehnten geforderte Machtteilung wird dadurch ebenso verdeckt, wie die eigene schlechte Regierungsführung, das Versagen, föderale Reformen umzusetzen sowie Armut und Hoff-

nungslosigkeit zu beseitigen, wofür die Regierung aber seit Jahren erhebliche Summen von der internationalen Gemeinschaft erhält. Eine wirkliche Kenntnis und ein tieferes Verständnis der Länder, der Region, der Kulturen sowie der kriegerischen Konflikte, ihrer Ursachen und in- und externen Akteure fehlt den Interventen zumeist und

KOSOVO

Rund 2 Millionen Einwohner

KOSTEN: 4 Mrd. Euro

27 verstorbene Soldatinnen und Soldaten (Unfälle/Suizid)



MANDAT
UN-Resolution 1244 von 1999: Sicherstellung eines friedlichen und sicheren Umfeldes; Unterstützung und Koordinierung internationaler humanitärer Bemühungen und ziviler Organisationen; Unterstützung der Entwicklung zu einem stabilen, demokratischen, multi-ethnischen und friedlichen Kosovo; Unterstützung der Entwicklung von Sicherheitskräften im Kosovo.

1999: 40 Staaten mit rund 50.000 Soldatinnen und Soldaten (6.500 Bundeswehr)
2007: 37 Staaten mit rund 16.000 Soldatinnen und Soldaten
2020: 27 Staaten mit rund 3.526 Soldaten (100 Bundeswehr)

130.000 Bundeswehrosoldaten dienen insgesamt in der KFOR.

wird durch gute Absichten und Engagement nicht wettgemacht.

Überhöhte Erwartungen, keine Exit-strategie und nie genug. Ebenfalls gemeinsam ist den Einsätzen, dass diese ohne klare Vorstellungen und Strategie hinsichtlich des angestrebten Endzustandes oder gemeinsam vereinbarter Exit-Kriterien begonnen wurden. Stattdessen wurden die Missionen im Laufe der Zeit mit immer komplexeren und völlig unrealistischen Erwartungen und Aufgaben überfrachtet. Nach militärischen Anfangserfolgen verschlechterte sich meist trotz erheblicher Investitionen die Sicherheitslage. Die Folge

AFGHANISTAN

Rund 35 Millionen Einwohner



2003 - 2014 Sicherheits- und Wiederaufbaumission unter NATO-Führung

Über 3.470 Soldaten kamen bisher ums Leben, darunter 54 Soldaten der Bundeswehr und drei deutsche Polizisten.

130.000 Soldaten standen im Oktober 2010 unter ISAF-Kommando. Darunter 90.000 Soldaten der USA als größter Truppensteller.

Laut Berichten des Afghan War Diary aus den Jahren 2004 - 2009 gab es 24.155 getötete Zivilisten.

KOSTEN: 143 Mrd. US-Dollar pro Jahr. Von 2003 bis 2014 hat der Krieg in Afghanistan gut eine Billion US-Dollar gekostet.

KOSTEN FÜR DEUTSCHLAND: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) errechnet inkl. Kosten durch Tod oder Verwundung von Soldaten Gesamtkosten von 17 Mrd. Euro über zehn Jahre.

KOSTEN: Für den Verteidigungshaushalt der USA etwa 173 Mrd. US-Dollar (heutiger Wert: 1.574 Mrd. US-Dollar). Indirekte und spätere Kosten (Unterhalt der verbündeten Truppen, Wirtschaftshilfen, Entschädigungen für kriegsverletzte US-Veteranen, etc.) geschätzt auf zusätzliche 323 Mrd. US-Dollar (heutiger Wert: 1.574 Mrd. US-Dollar)

1955 bis 1975 Konflikt zwischen Nordvietnam (Befreiungsarmee für Südvietnam „Vietcong“) mit China und Sowjetunion gegen Südvietnam unterstützt von einer Koalition unter Führung der USA

Geschätzte 2-5 Mio. vietnamesische Kriegspfer, darunter über 1,3 Mio. Soldaten. Zudem fielen 58.220 US-Soldaten und 5.264 Soldaten ihrer Verbündeten.

TRUPPENSTÄRKE: rund 500.000 Vietcong und rund 1.500.000 Südvietnam mit USA

VIETNAM

Rund 96 Millionen Einwohner

Grafik: Bundeswehr/Daniela Heibel

war, dass die Priorität noch stärker auf die sicherheitspolitische Dimension zulasten entwicklungspolitischer Ziele und politischer Reformen gelegt wurde. Aber egal, wie viel Geld und Material sowie Ausbilder oder Soldaten die unterstützte Regierung erhielt, es war nie genug. Die Forderungen der jeweiligen Partner in Vietnam, Afghanistan und Mali waren und sind zumeist: mehr Geld, mehr Soldaten, mehr Training, mehr Ausrüstung, mehr und schneller. Paradoxerweise erhöhte sich damit so gut wie nie die Einsatzbereitschaft und Kampfkraft der unterstützten Streitkräfte.

Schwache Partner und die falschen Verbündeten. Ein Grund hierfür sind die lokalen Partner, die in vielen Fällen schwach, gering legitimiert und korrupt sind. Ihre schlechte

Regierungsführung wird durch die Anwesenheit potenter westlicher Geldgeber und die massenhafte Lieferung von Ausrüstung und stetige Finanzströme noch verstärkt. Die Durchführung von Reformen und die Umsetzung von politischen Maßnahmen, die nicht im Interesse dieser Partner sind, werden aufgrund der prekären Sicherheitslage immer wieder aufgeschoben. Diese Regierungen sind häufig selbst eine der Konfliktparteien, deren Legitimität auch nicht durch Wahlen erhöht werden kann. Ihr Interesse gilt zudem oft nicht einer Beendigung, sondern dem kontrollierten Erhalt des Konfliktes, weil die ausländischen Truppen Sicherheit und einen stetigen Zufluss an Geld und Ausrüstung, also Machtressourcen garantieren. Gleichzeitig werden die lokalen Kontrahenten als Dschi-

hadisten, Terroristen oder Kommunisten in die Kategorien eingeordnet, die der potentiellen Feinddefinition des Westens entsprechen. Die offiziellen staatlichen Sicherheitskräfte sind selbst Teil der Repression und Korruption. Als Instrument einer der Konfliktparteien genießen sie wenig Vertrauen und Legitimation in der Bevölkerung. Unter schlechter Führung und in Anbetracht der Option, dass die westlichen Partner mit eigenen Soldaten, Luftstreitkräften, Drohnen oder Spezialkräften zu Hilfe eilen, zeigen sie sich wenig kampfkraftig und motiviert. Dieser Zustand ist auch durch Training und Begleitung kaum zu beheben.

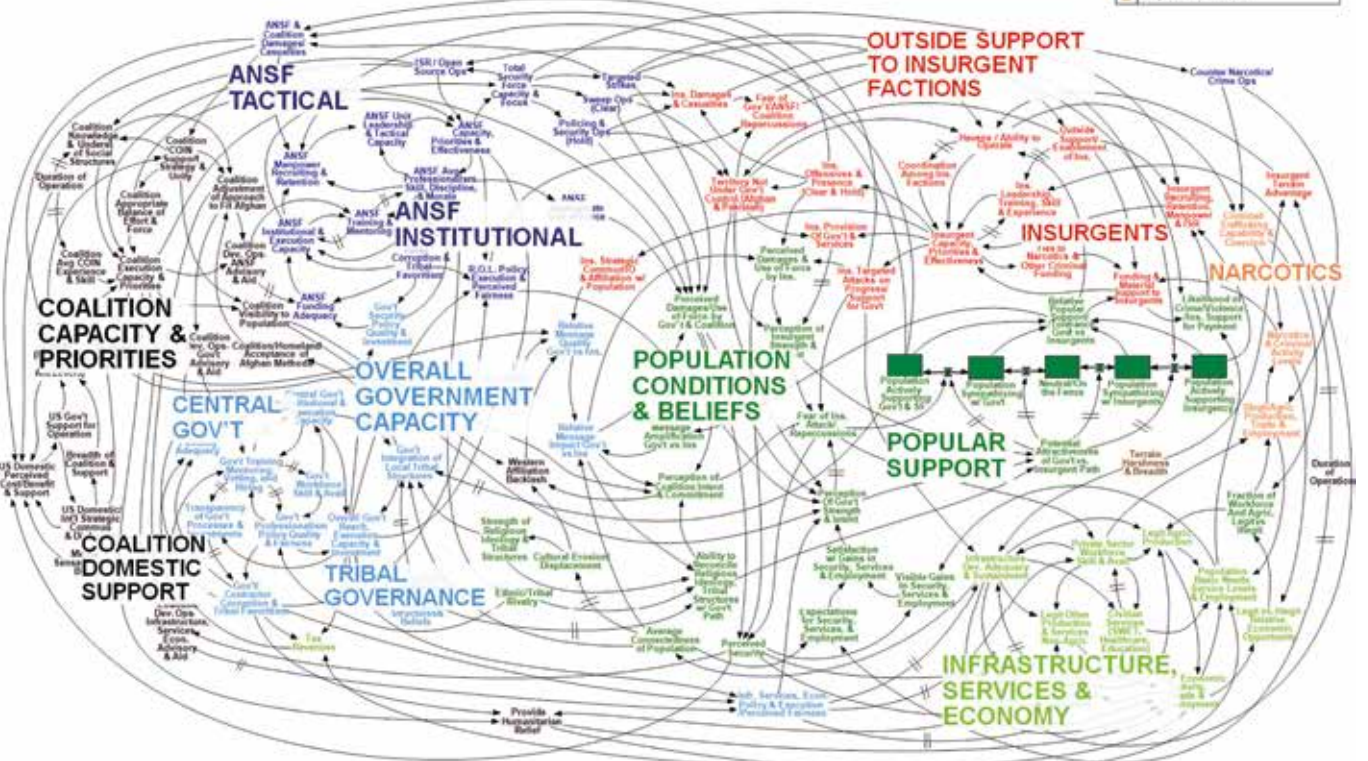
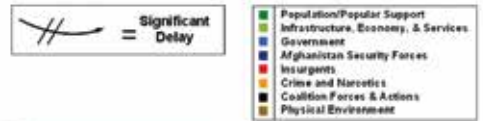
Lessons learned. Das Vietnam-Debakel wurde vielfach analysiert und manche zogen den Schluss, der Fehler in Vietnam hätte darin →

Malische Soldaten bekommen Anweisungen von ihren deutschen Ausbildern während der Ausbildung zum Ammunition Operator im Rahmen der Mission EUTM Mali in Koulikoro im Juli 2019. ▼



Foto: Bundeswehr/Sebastian Nothing

Afghanistan Stability / COIN Dynamics



▲ Afghanistan Stability/COIN Dynamics - Security. Office of the Joint Chiefs of Staff. 2009. Dieser Versuch, den gesellschaftlichen Subtext in Afghanistan zu verstehen, wurde in der Obama-Administration unternommen und im Einsatz angewandt.

gelegen, zu sehr auf konventionelle Kriegführung und zu wenig auf Aufstandsbekämpfung gesetzt zu haben. Counterinsurgency (COIN) gehört daher zum festen Lehrplan angehender US-Offiziere. Wie komplex ein solches Unterfangen jedoch in der Wirklichkeit umzusetzen ist, zeigt die bis heute berühmt-berühmte „Afghanistan Stability/COIN Dynamics – Security“-Folie. Sie entstammt einem Briefing unter Stanley McChrystal, Kommandierender General der NATO- und US-Truppen in Afghanistan, aus dem Sommer 2009 in Kabul. „When we understand that slide, we have won the war“, kommentierte der General unter dem Gelächter der Anwesenden. Die völlig unübersichtliche und überfrachtete Darstellung zeigt den vergeblichen Versuch, die komplizierte gesell-

schaftliche, kulturelle, politische und soziale Wirklichkeit von uns nicht ausreichend vertrauten Konflikten und Gesellschaften einzufangen und mit dem (schon in der OECD-Welt gescheiterten) Versuch der wissenschaftlich unterlegten Manipulation sozialen Verhaltens sowie ausgeklügelten militärischen Strategien zu bearbeiten. Andere Experten sehen den Ausweg aus dieser Situation in einer Strategie maximalen Drucks auf die unterstützte Regierung bzw. der Errichtung eines vorübergehenden defacto Protektorats. Als halbwegs erfolgreiches Beispiel für diese Art des Vorgehens wird häufig der Kosovo genannt. Auf einer Fläche, kleiner als Schleswig-Holstein, waren zehntausende Soldaten, Polizisten, Richter, Entwicklungshelfer und andere Beamte von NATO, EU

und VN mit immensen Ressourcen und nahezu unbeschränkten Befugnissen knapp zehn Jahre ununterbrochen tätig. Der Konflikt konnte dadurch zwar weitgehend eingedämmt werden, von einem funktionierenden Staatswesen ist das Land aber bis heute auch weit entfernt. Welches Engagement und wie viel Zeit dann in einem Land wie Mali, dreieinhalb Mal so groß wie Deutschland, notwendig wäre, um am Ende wenigstens eine stabile Sicherheitslage als Ausgangspunkt für eine dauerhaft friedliche und positive Entwicklung zu haben, lässt sich nur erahnen. Im Irak 2003 zerschlugen die USA den Regierungsapparat und seine Strukturen nahezu vollständig und versuchten, mit umfassender Machtfülle und nahezu vollständiger Protektoratsverwaltung einen Staatsaufbau

Foto: fujomedia.eu



Bundeswehrsoldaten sprechen mit Kindern am Straßenrand bei Pul-e Khumri, Afghanistan. Gute Beziehungen zur Bevölkerung erhöhen nicht nur die Akzeptanz des ISAF-Auftrags, sondern auch die Sicherheit der Streitkräfte.

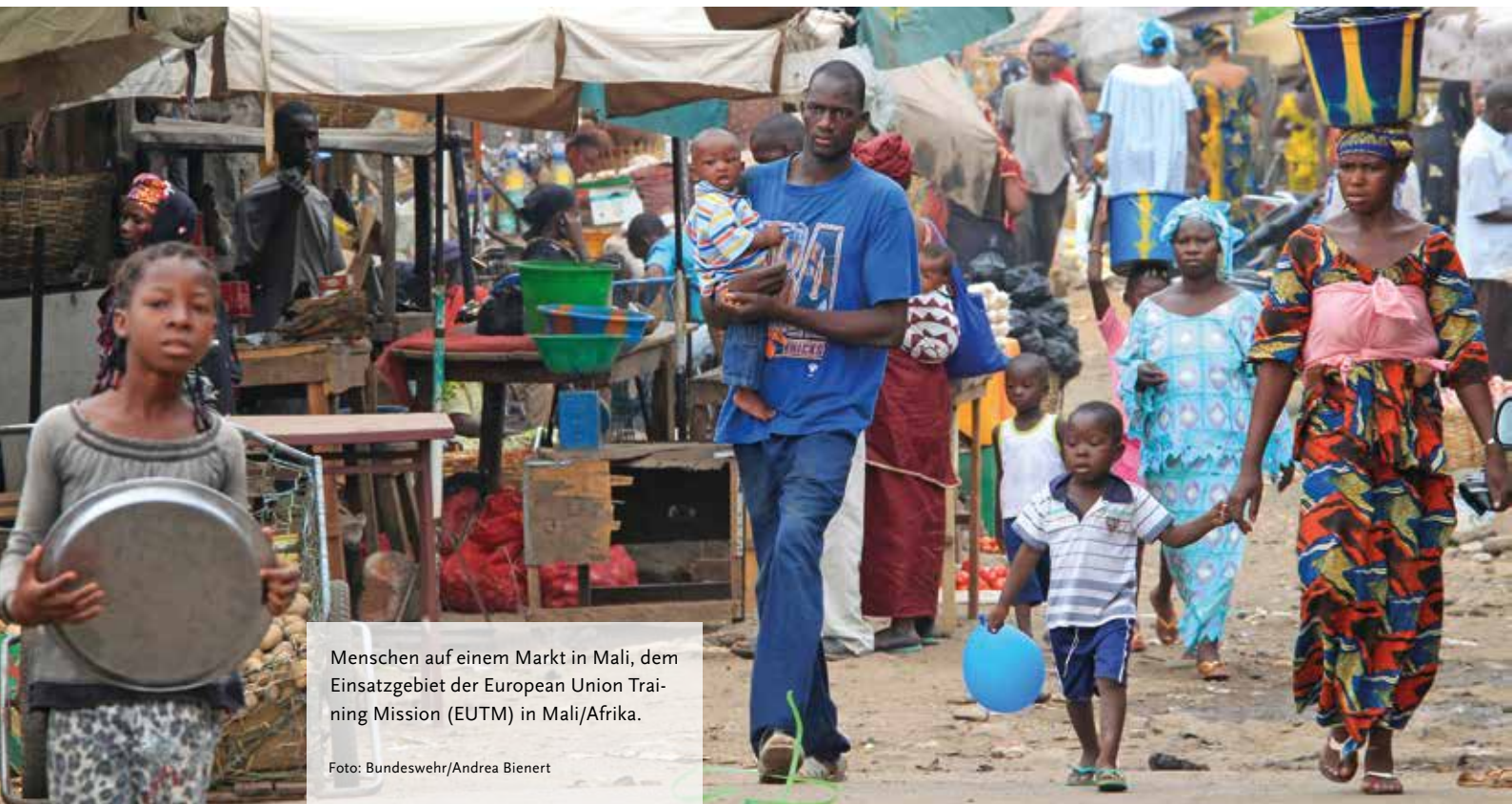
Foto: Bundeswehr/Andrea Bienert

inklusive sicherheitspolitischer Stabilisierung. Sie scheiterten damit bekanntermaßen auf ganzer Linie.

Keine Illusionen – Prävention und Mediation in den Fokus. Angesichts der bisherigen Ergebnisse westlicher Stabilisierungsbemühungen stellt sich grundsätzlich die Frage, ob es überhaupt Sinn macht, derartig komplexe Interventionen im globalen Süden anzustrengen. Hier sollte deshalb eindeutig die Prävention in den Mittelpunkt der Anstrengungen gestellt werden. Sind Konflikte erst einmal ausgebrochen, sind erfolgreiche Stabilisierungsmaßnahmen angesichts der oben aufgezeigten Schwierigkeiten extrem schwierig zu erreichen und verdammt teuer; um ein Vielfaches teurer, als intensive, jahrzehntelange Prävention. Eine Erkenntnis, die

nicht neu ist, aber immer wieder vergessen zu werden scheint. Wird dennoch die Entscheidung für eine (begrenzte) Intervention, meist im Rahmen einer Friedensmission der VN, oder eine Ertüchtigungsmission getroffen, sollten von Beginn an Demut walten und realistische Ziele über den erstrebten Endzustand die Planung dominieren. Auch weniger komplexe militärische Ertüchtigungs- und Trainingsmissionen können nur dann erfolgreich sein, wenn sie Teil einer umfassenden politischen Strategie sind, welche – und das scheint der zentrale Punkt zu sein – von den wichtigsten Akteuren vor Ort mitgetragen wird. Dabei ist es wichtig, zwei zentrale Fehler zu vermeiden. Da wäre zum einen, Entscheidungen über derartige Einsätze auf Basis von innenpo-

litischen Interessen und dem Druck durch die eigene Bevölkerung zu treffen. Natürlich ist es nicht falsch, eigene Interessen zu verfolgen, aber diese dürfen einer Lösung des Konflikts nicht im Wege stehen und außenpolitische Entscheidungen sind selten ausschlaggebend für Wahlergebnisse. Die Akzeptanz der Bevölkerung und der Hauptakteure im Einsatzland ist eine notwendige Bedingung. Zum anderen muss auf eine Strategie gesetzt werden, die konsequent einer politischen Logik der Konfliktlösung und Stabilisierung folgt. Es hat sich gezeigt, dass weder ein überzeugender militärischer Anfangserfolg, noch die Bemühungen um einen Staatsaufbau und die Bereitstellung staatlicher Leistungen mittel- und langfristig für Stabilität und ein dauerhaft sicheres Umfeld →



Menschen auf einem Markt in Mali, dem Einsatzgebiet der European Union Training Mission (EUTM) in Mali/Afrika.

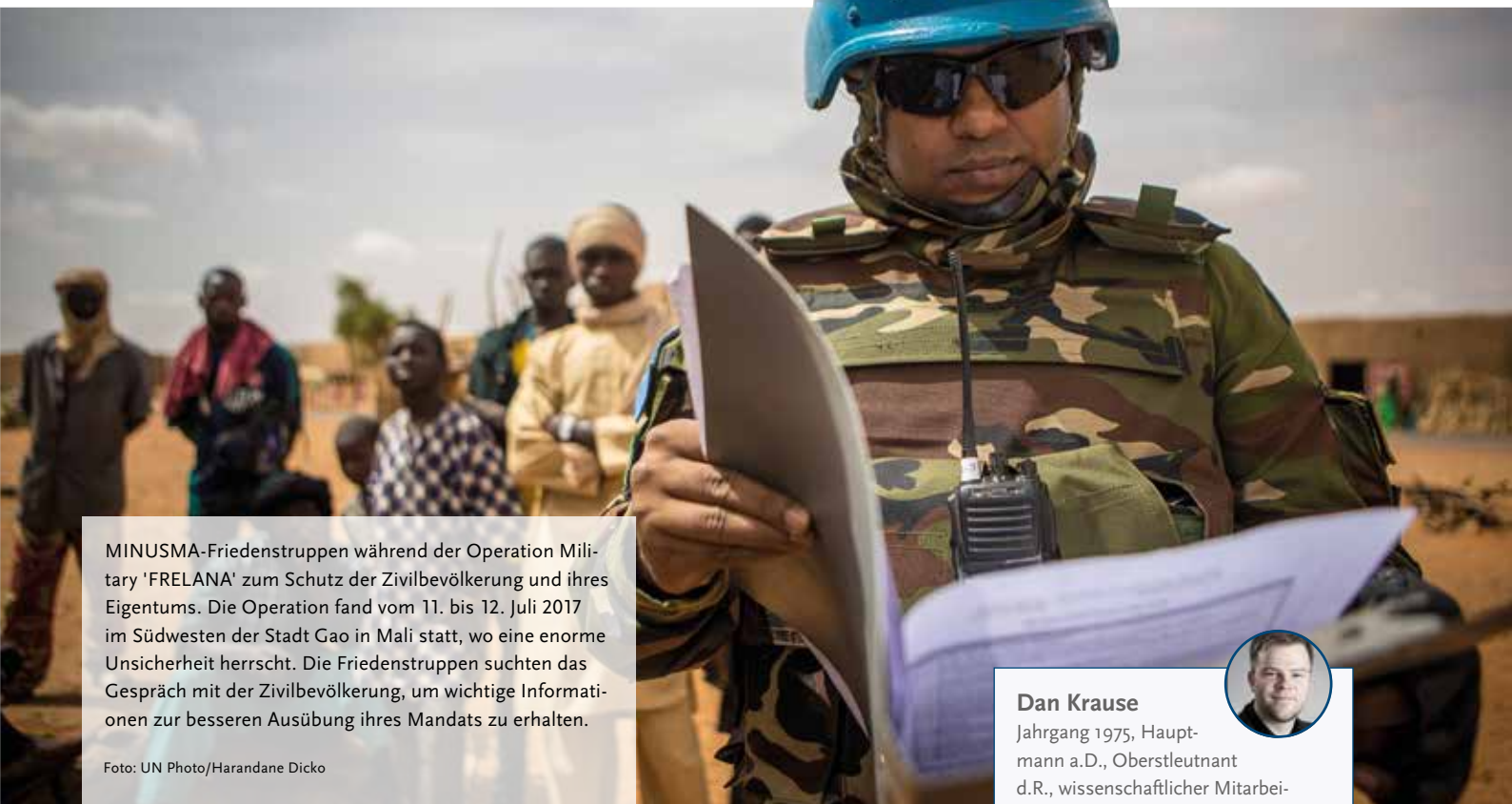
Foto: Bundeswehr/Andrea Bienert

sorgen. Dies gelingt nur, wenn die Ursachen des Konflikts – häufig unter weitgehend unparteiischer Anleitung (Mediation) – konstruktiv bearbeitet und wenn möglich der Konflikt gelöst wird. Dazu gehört in den meisten Fällen die Beteiligung der wesentlich an dem Konflikt beteiligten Akteure, ausdrücklich einschließlich problematischer Akteure. Eine derartige Lösung mittels Abkommen, mit denen Konflikte in gewaltfreie Formen transformiert werden, erfolgt aus diversen Gründen als Grundlage für Stabilisierungseinsätze jedoch häufig nicht. In der Folge erodiert trotz erheblicher internationaler Bemühungen beim Staatsaufbau und der Lieferung von staatlichen Leistungen schon bald die Sicherheitslage. Dies führt meist zu einer Handlungslogik, die von militärischen Erwägungen und Sicherheitsfragen dominiert wird.

Eine derartige Logik ist genauso wenig in der Lage, die Gewalt zu unterbinden und ein sicheres Umfeld herzustellen, wie die fragilen staatlichen Strukturen zu stabilisieren. Keine noch so ausgeklügelte Counterinsurgency-Strategie und keine Summe an Soldaten, Polizisten oder Finanzmitteln und sei sie noch so groß, ist in der Lage, langfristig die Sicherheitslage zu stabilisieren. Hierzu müssen die politischen und sozialen Konfliktursachen bearbeitet und wenn möglich gelöst werden. Dazu sollten die internationale Gemeinschaft und die Geber Mediationsformate ausbauen, einfordern und stärken sowie Anreize und Mechanismen zur Kooperation und friedlichen Konfliktaustragung schaffen. Bedingungen, Notwendigkeiten und legitime Forderungen müssen angewendet werden – auch und gerade gegenüber der offiziellen

Regierung – und ihre Nichterfüllung muss Konsequenzen haben. Es sollte zudem sichergestellt werden, dass von den erheblichen internationalen Transfers und Leistungen alle Bevölkerungsgruppen in allen Landesteilen profitieren und nicht nur bestimmte ethnische Gruppen und Eliten. Politischer Wille und politisch-konsequentes Handeln sind der Schlüssel zum Erfolg. Noch besser aber wären die Priorisierung und der koordinierte Ausbau der vielfältigen präventiven Maßnahmen und Möglichkeiten, um eine gewaltsame Konfliktaustragung bereits im Vorfeld zu verhindern.

Realistische Ambitionen und der Einsatz von Militär als äußerstes Mittel. Insgesamt sollte Bescheidenheit die eigenen Ambitionen und die Beurteilung der eigenen Möglichkeiten bestimmen. Ein sicheres



MINUSMA-Friedenstruppen während der Operation Military 'FRELANA' zum Schutz der Zivilbevölkerung und ihres Eigentums. Die Operation fand vom 11. bis 12. Juli 2017 im Südwesten der Stadt Gao in Mali statt, wo eine enorme Unsicherheit herrscht. Die Friedenstruppen suchten das Gespräch mit der Zivilbevölkerung, um wichtige Informationen zur besseren Ausübung ihres Mandats zu erhalten.

Foto: UN Photo/Harandane Dicko

und stabiles Umfeld mit einem stabilen negativen Frieden sind beachtliche Erfolge in Regionen und Ländern, die über Jahrzehnte nichts als Krieg und Gewalt erlebt haben. Erst derartige Bedingungen schaffen die Voraussetzung für langfristige Entwicklung, die dann auch einen nachhaltigen Aufbau staatlicher Strukturen und möglicherweise einen Weg zur Demokratisierung möglich machen, wenn dies von den Akteuren vor Ort gewünscht wird. Militär ist neben zivilen Kräften, Diplomatie und Polizei eines der Instrumente, die bei einer Stabilisierung zum Einsatz kommen können. Als äußerstes Mittel, zum Schutz akut bedrohter Zivilbevölkerung und zum Gewinnen von Zeit, kann sein Einsatz auch gleich zum Anfang eines Konfliktes notwendig sein. Die Ursachen des Konflikts und der Gewalt, wie Machtverteilung,

schlechte Regierungsführung, Korruption, ethnische Konflikte, Armut, Hunger und Hoffnungslosigkeit können nicht durch das Militär bearbeitet werden. Zwingend für den Erfolg von Stabilisierungseinsätzen ist die Existenz einer umfassenden Strategie mit politischen Prozessen zur Konfliktlösung unter Berücksichtigung aller Instrumente auswärtigen Handelns und der konsequenten Anwendung der vorhandenen Konzepte zur Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung. Die Grundlage bilden dabei eine gute und klare Lageanalyse und Kenntnis der gefährdeten Länder und Regionen sowie der Konflikte, Ursachen und Akteure. Hierzu sind erheblich mehr wissenschaftliche Expertise, Kenntnisse und vor-Ort-Analyse durch Diplomaten, zivile Mitarbeiter, Polizisten, Militärs und Experten notwendig. ■



Dan Krause

Jahrgang 1975, Hauptmann a.D., Oberstleutnant d.R., wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg sowie Geschäftsführer des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit (WIFIS).

Kurz gefasst:

Seit Jahrzehnten bemühen sich der Westen und die internationale Gemeinschaft um erfolgreiche Stabilisierung von Konflikten im Globalen Süden. Einige wenige Erfolge stehen dabei vielen Bemühungen gegenüber, die hinter ihren Erwartungen zurück bleiben, wie in Vietnam, Afghanistan oder dem Irak. Die Stabilisierung einmal ausgebrochener und gewaltsam ausgetragener Konflikte ist komplex und mit erheblichen Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten verbunden, sie ist aber nicht unmöglich. Voraussetzung ist die Beteiligung möglichst aller Akteure und die Lösung der politischen Konflikte. Konfliktprävention und Mediation sind dringend und nachhaltig zu priorisieren und zu stärken.

Foto: privat